

Sie wollen gehört werden

- Menschen mit Beeinträchtigungen machen auf sich aufmerksam
- Stärkere Einbeziehung gefordert
- Landkreis und Stadt in der Pflicht



vnlr: St.Kaiser, M.Eisele, I.Bergob, A.Menge-Altenburger, U.Münch, S.Graf,

Bild: Bernd Heinowski

Leben in Fülle – durch Teilhabe. Unter diesem Motto diskutierten Fachleute im Rahmen der „Anstöße“, einem ökumenischen Diskussionsforum, im gut gefüllten Gemeindesaal der Evangelischen Kirche Donaueschingen über Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen. Unter der Moderation von Andreas Menge-Altenburger diskutierten: Severin Graf (1. Bürgermeister Donaueschingen), Ulrike Münch (Leiterin Selbst-Hilfe-Gruppe „Eltern von Kindern mit Down-Syndrom“), Irene Bergob (Teilhabe-Kreis Bad Dürkheim), Michael Eisele (Teilhabe-Kreis Villingen), Stefanie Kaiser (Behinderten-Beauftragte im Schwarzwald-Baar-Kreis).

Irene Bergob berichtete von ihrer ehrenamtlichen Arbeit als Leiterin eines Teilhabekreises, der durch zahlreiche Aktivitäten Menschen mit Beeinträchtigungen zusammenbringen und Mut machen möchte. Sie beklagte vor allem, dass die Tätigkeiten in den Behinderten-Werkstätten sehr schlecht bezahlt werde und kein selbstbestimmtes Leben ermögliche. Die Stadt möge außerdem einen Teilhabekreis für Donaueschingen initiieren.

Ulrike Münch berichtete von den Erfahrungen mit ihrer erwachsenen Tochter mit Down-Syndrom und beklagte, dass oftmals Menschen mit Behinderungen von ihren Mitmenschen nicht wie Erwachsene behandelt werden. Sie forderte mehr Respekt und regte an, dass die Stadt stundenweise behinderte Menschen anstellen könnte, die somit sinnvolle Tätigkeiten verrichten und sich ein Taschengeld verdienen könnten.

Entsprechend der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen müssen behinderte Menschen umfassend informiert und in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Darauf machte Stefanie Kaiser aufmerksam und verwies auf die Landesgesetzgebung, die z.B. die Etablierung von Behindertenbeauftragten auf städtischer Ebene anmahnt. Der Schwarzwald-Baar-Kreis sei in dieser Hinsicht vorbildlich aufgestellt, auch wenn die entsprechenden Personen keine hauptamtliche Anstellung hätten, was oft angeregt werde.

Aus dem Publikum kam die Forderung, dass Arbeitgeber eingehender über Vorteile informiert werden sollten, die ihnen die Einstellung von Menschen mit Handicap bieten

würden. Generell müsse es mehr Einstellungsmöglichkeiten von Behinderten im Ersten Arbeitsmarkt geben.

Mit diesen zahlreichen Forderungen konfrontiert, wies Bürgermeister Graf darauf hin, dass die Stadt schon viel für Menschen mit Beeinträchtigung tue, gestand aber ein, dass noch mehr möglich wäre. So könnten in den regelmäßigen Gesprächsformaten mit den Arbeitgebern auch Fragen der Einstellung von Behinderten erörtert werden. Er ermunterte Bürger und Betroffene, mit ihren Anliegen vorstellig zu werden. Die Schaffung neuer Stellen obliege der Zustimmung des Gemeinderats und werde stets sehr kontrovers diskutiert. Der Gründung eines Teilhabekreises stehe er positiv gegenüber, Anstoß und Zielsetzung müsse aber von den Interessierten klar formuliert werden. Auch für die geeignete stundenweise Beschäftigung von Menschen mit Handicap sehe er Möglichkeiten.

Zum Abschluss wurde in mehreren emotionalen Statements deutlich, worum es der Gruppe von Menschen mit Beeinträchtigung geht: Sie wollen gesehen und als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft wahrgenommen werden. Bis zur Verwirklichung dieses fundamentalen Menschenrechts sei es aber noch ein langer Weg!

Bernd Heinowski